



Presseinformation

München/Bad Kissingen, 11. Oktober 2025

84. Bayerischer Ärztinnen- und Ärztetag – Tag 1 der Arbeitstagung

Die 180 Delegierten des 84. Bayerischen Ärztinnen- und Ärztetages (BÄT) fassen am ersten Tag der Arbeitssitzung in Bad Kissingen zentrale Beschlüsse. Im Fokus stehen die Themen „Stärkung der Krisenresilienz des deutschen Gesundheitswesens“, „Den gesundheitlichen Folgen des Klimawandels aktiv begegnen“, „Einweg-E-Zigaretten verbieten“, und „Gesetz zur Reform der Notfallversorgung erlassen“.

Stärkung der Krisenresilienz des deutschen Gesundheitswesens

Der 84. BÄT fordert Bund, Länder und Kommunen auf, umgehend die notwendigen Maßnahmen zur Erhöhung der Krisenresilienz des deutschen Gesundheitswesens zu ergreifen. Dazu müsse beim Nationalen Sicherheitsrat ein gemeinsames Lagezentrum Gesundheit eingerichtet werden, das für die Koordinierung in Krisenfällen und für die Festlegung von Resilienzplänen für das Gesundheitswesen zuständig sein soll.

Darüber hinaus sei der Ausbau krisenfester Infrastrukturen in Krankenhäusern, Praxen und Pflegeeinrichtungen zu fördern. Der Zugang zu kritischen Bereichen wie Operationssälen müsse baulich gewährleistet sein; zugleich seien die Einrichtungen so auszustatten, dass sie auch bei Ausfällen von Strom, Wasser, Kommunikation oder IT-Systemen funktionsfähig bleiben.

Gesundheitseinrichtungen müssten in die Lage versetzt werden, ihre baulich-technische Ausstattung klimaresilient anzupassen und Hitzeaktionspläne umzusetzen. Dafür sei ein sektorenübergreifender Bundesfonds "Klimagerechtes Gesundheitswesen" erforderlich. Ebenfalls müssten strategische Reservebestände von Arzneimitteln aufgebaut, der Öffentliche Gesundheitsdienst gestärkt, und die Cybersicherheit im Gesundheitswesen ausgebaut werden.

Den gesundheitlichen Folgen des Klimawandels aktiv begegnen

Der BÄT appelliert an Politik, Gesellschaft und Gesundheitswesen, den Klimaschutz und die Klimaanpassung entschieden voranzutreiben. Die Delegierten fordern die Bayerische Staatsregierung auf, schulische Sportveranstaltungen im Freien bei amtlichen Hitzewarnungen zu verbieten, den UV- und Hitzeschutz für Beschäftigte im Freien zu verbessern, und umgehend einen verbindlichen Hitzeaktionsplan zur Prävention hitzebedingter

Presseinformation

Erkrankungen und Todesfälle zu erstellen. Letzterer solle die Basis für eine Umsetzung auf kommunaler Ebene sein.

Darüber hinaus richten die Delegierten einen Appell an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus, die Gesundheitsbildung an Schulen deutlich stärker zu priorisieren. Themen wie Ernährung, Bewegung, Notfallverhalten, die verantwortungsvolle Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen, sowie Hitzeschutz und die gesundheitlichen Folgen des Klimawandels sollten systematisch in die Lehrpläne aufgenommen werden – von der Grundschule bis zum Schulabschluss.

Außerdem werden die politischen Entscheidungsträger aufgefordert, konsequent Tempolimits auf Bundes-, Land-, und Ortsstraßen umzusetzen, um die Belastung von Klima- und Gesundheit durch den Verkehrssektor zu mindern. Gleichzeitig müsse die Energiewende als zentrale gesundheitspolitische Maßnahme entschlossen vorangetrieben werden, da jeder Tag, an dem fossile Energien verbrannt werden, das gesundheitliche Risiko für die Menschen erhöhe.

Einweg-E-Zigaretten verbieten

Die Delegierten sprechen sich für ein Verbot von Einweg-E-Zigaretten sowie von Aromen in E-Zigaretten aus. Aromatisierte Produkte würden gezielt Jugendliche und junge Erwachsene ansprechen und in einer sensiblen Lebensphase die Nikotinabhängigkeit fördern. Zudem bestehe ein enger Zusammenhang zwischen dem Konsum von E-Zigaretten und späterem Tabakkonsum.

Pressestelle